

NIEDERSCHRIFT

über die 3. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

vom:	29.03.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	18.15 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen:

Stv Dr. Stötzel, Wolfgang - als Vorsitzender -
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Flohren, Angelika
Stv Groß, Michael
AM Kaiserling, Carl-Norbert
Stv Katz, Reinhilde
Stv Kleine, Sancho-Antonio - für Stv Elter, Uwe -
AM Nell, Karl-Heinz
Stv Schmidt, André
AM Sondermann, Brigitte - für Stv Neubauer, Hans-Peter -
AM Tigges, Johannes
Stv Wolf, Marianne - für Stv Rujanski, Detlef -

II. Beratende Mitglieder:

AM Griffig, Thomas
AM Kill, Erika
AM Löwenberg, Horst
AM Max, Christian - ab 16.10 Uhr -
Stv Nauck, Gerda
AM Wurm, Manfred - für AM Mücke, Helga -

III. Aufgrund besonderer Einladung zu TOP 5 öT:

Frau Helge Klinkert - Sozialdezernentin des Kreises Siegen-Wittgenstein -
Herr Michael Schäfer - Leiter des Regional-Sekretariates -

IV. Von der Verwaltung:

StR Dr. Rohr
Städt. VD Fischer
Städt. OAR Hülsmann
VA Mock
VA von Sicard

Stl Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

Stv Elter, Uwe
AM Kamieth, Jens
Stv Neubauer, Hans-Peter
Stv Rujanski, Detlef

Zur Tagesordnung:

In Form einer Tischvorlage beantragt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden Beschluss zu fassen:
„Die Empfehlung des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen zum Haushalt des Jahres 2000 wurde im Rat mehrheitlich verworfen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Konsequenzen dieser Entscheidung in einer Vorlage darzustellen und zu bewerten.“

Herr Nell ist der Meinung, dass für die Behandlung dieses Antrages die Zuständigkeit des Rates gegeben ist. Er sieht keinen Bedarf für einen Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen und lehnt aufgrund der Nichteinhaltung der Antragsfrist die Aufnahme in die Tagesordnung ab.

Fazit:

Die Aufnahme des Antrages in die Tagesordnung wird bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen erklärt sich mit einer Erweiterung der Tagesordnung um den TOP 7 im öffentlichen Teil einverstanden.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Groß bestimmt.

3. AfSFS 29.03.2000

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 19.01. und 11.02.2000

Die Niederschriften werden bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

3. AfSFS 29.03.2000

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

3. AfSFS 29.03.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

3. AfSFS 29.03.2000

5. Sozialhilfebericht 1998 des Kreises Siegen-Wittgenstein

Frau Klinkert erläutert anhand von Folien ausführlich den Sozialhilfebericht 1998 des Kreises Siegen-Wittgenstein.

Herr Schäfer berichtet, dass das Regionalsekretariat seit 1995 existiert. Eine der Hauptaufgaben ist es, sozialhilfebedürftige Jugendliche in den Arbeitsmarkt zu vermitteln. Bisher konnte rd. 1.300 Personen geholfen werden. Anhand von Folien erläutert er Grundsätze der regionalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung. Entsprechende Hilfsprogramme des Bundes und des Landes werden regional koordiniert durch den „Arbeitskreis Träger Beschäftigungsförderungsmaßnahmen“ und den „Regionalen Beirat Beschäftigungsförderung“. Projekte werden u. a. in den Bereichen Renaturierung, Umweltschutz und Recycling von Elektronikschrott durchgeführt mit dem Ziel der Qualifizierung, Umschulung, Weiterbildung bzw. der Vermittlung in Ausbildung. In der Kooperation mit der „Neuen Arbeit Siegerland“ und der Frauengleichstellungsstelle der Stadt Siegen sieht er ein wesentliches Glied von Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung.

Herr Groß folgert aus den Darstellungen eine erfreuliche Entwicklung: Neben sinkenden Kosten für Sozialhilfe werden Menschen in Beschäftigungsverhältnisse gebracht. Er appelliert an die Stadt Siegen, den Eigenanteil an Beschäftigungsförderungsmaßnahmen weiter auszubauen und zu festigen.

Die Herren Nell und Dr. Stötzel weisen vor dem Hintergrund des ausgelaufenen Resider-Programmes darauf hin, dass zukünftig weniger Mittel durch Bund und Land zur Verfügung gestellt werden.

Ergänzend macht Herr Dr. Stötzel darauf aufmerksam, dass bei bisherigen Fördermaßnahmen qualifizierte Arbeitskräfte bereits ermittelt und abgeschöpft wurden, so dass es immer schwieriger wird, den Sockelpersonenkreis zu vermitteln.

Herr Schäfer erwähnt, dass die Höhe der Bundes- / Landesförderung zugunsten der Region derzeit unklar ist. Momentan wird ein arbeitsmarktpolitisches Rahmenkonzept erstellt, aufgrund dessen geklärt werden soll, wo künftig Einstellungspotentiale gesehen werden und in welchen Bereichen Stellenabbau zu befürchten ist. Anschließend wird eine Zielvereinbarung mit dem Land getroffen und die Finanzausstattung der Regionen geklärt. Er prophezeit, dass künftig etwas weniger Mittel zur Verfügung stehen (der Wegfall der Mittel aus dem Resider-Programm wird nicht vollständig kompensiert), die stärker für Maßnahmen zur Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt einzusetzen sein werden. Er teilt die Auffassung von Herrn Dr. Stötzel, dass der qualifizierteste Personenkreis im Rahmen bisheriger Maßnahmen bereits weitgehend ermittelt und abgeschöpft wurde. In Zukunft ist mit intensivem und großem Aufwand eine einzelfallbezogene Hilfestellung erforderlich.

Herr Eberlein fragt, ob die Stadt Siegen versicherungspflichtige Praktikantenplätze anbieten kann.

Für Herrn Dr. Rohr ist dies denkbar, er hält es jedoch für wichtiger, jungen Menschen nicht nur einen Praktikantenplatz anzubieten, sondern sie dauerhaft in den Arbeitsmarkt zu vermitteln. Er hält es für erforderlich, zusätzliche Tätigkeitsfelder der Stadt Siegen zu prüfen.

Herr Hülsmann ergänzt, dass ein höheres Beratungsangebot mit einer intensiven Analyse von Individualfällen ermöglicht werden soll.

Den auf Seite 13 des Berichtes mit 59,3 bezifferten Prozentualanteil der Stadt Siegen am Zuschussbedarf im Bereich der Sozialhilfe bezeichnet Herr Nell als erschreckend. Er befürchtet, dass dies künftig nicht mehr finanzierbar ist.

Fazit:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen nimmt den Sozialhilfebericht 1998 des Kreises Siegen-Wittgenstein zur Kenntnis.

3. AfSFS 29.03.2000

6. Zuschüsse zu Personal- und Sachausgaben an den Verein Frauen helfen Frauen

- Antrag des Vereins auf Teilfinanzierung eines Notrufs für vergewaltigte und misshandelte Frauen

Vorlagenr. 320/00 - Vorlage vom 14.03.2000 -

Herr Fischer erläutert die Verwaltungsvorlage.

Herr Schmidt kann sich dem Beschlussvorschlag anschließen. Er macht deutlich, dass er die bestehende Pauschalfinanzierung (jährlicher Zuschuss an den Verein Frauen helfen Frauen e.V. Siegen in Höhe von 25 TDM) als schlecht erachtet. Er hält Überlegungen dahingehend für erforderlich, wie man zukünftig statt Pauschalfinanzierungen Projektfinanzierungen realisieren kann.

Herr Groß stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage nicht zu. Der jährliche Pauschalzuschuss in Höhe von 25 TDM ist bestimmt für der Verwaltung und Politik bekannte Projekte. Bei dem Notruf für vergewaltigte und misshandelte Frauen handelt es sich um neues Projekt, das im Rahmen einer Projektförderung zusätzlich zu berücksichtigen ist.

Frau Flohren und Herr Kaiserling stimmen der Verwaltungsvorlage zu. Es handelt sich zwar um ein wünschenswertes Projekt, jedoch scheitert eine zusätzliche Förderung als eine Ausweitung freiwilliger Leistungen an den Vorgaben durch das Haushaltskonsolidierungskonzept.

Frau Nauck vertritt die Auffassung, dass der Kreis Siegen-Wittgenstein im Vergleich zur Förderhöhe durch die Stadt Siegen eine höhere Kostenbeteiligung leisten kann.

Herr Löwenberg hätte es für richtig erachtet, im Beschlussvorschlag den „wahren“ Grund fehlender Haushaltsmittel zu benennen.

Seines Erachtens hat die Machtfülle der Verwaltung, Beschlussvorschläge zu formulieren, zur Folge, dass Maßnahmen freier Träger nicht in dem Maß gewürdigt werden, wie Modellprojekte, die durch die Stadt Siegen erwünscht sind.

Herr Dr. Rohr entgegnet, dass endgültige Entscheidungen über Förderungen in jedem Fall dem Ausschuss unterliegen.

Herr Fischer macht darauf aufmerksam, dass zu der durch Herrn Schmidt angesprochenen Problematik „Pauschal- oder Projektfinanzierung“ derzeit eine neue Philosophie angedacht wird. Ein Ziel wird es sein, Umfang und Zielrichtung von Förderungen differenzierter betrachten zu können.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen befürwortet grundsätzlich die Einrichtung eines solchen Notrufs, lehnt aber eine über die im Haushaltsjahr 2000 bereits veranschlagten freiwilligen Mittel zu Gunsten des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. Siegen ab.

**Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen**

3. AfsFS 29.03.2000

7. Benennung der Mitglieder für die Zehner-Kommission

An der Diskussion über die Zusammensetzung der „Zehner-Kommission“ und über die Stimmberechtigung der einzelnen Mitglieder beteiligen sich Frau Nauck und die Herren Dr. Stötzel, Groß und Schmidt. Festgehalten wird folgendes

Fazit:

1. Die CDU-Fraktion entsendet zwei stimmberechtigte Vertreter/innen in die „Zehner-Kommission“. Jede andere im Rat der Stadt Siegen vertretene Fraktion entsendet eine/n Vertreter/in.
2. Die Auswahl der Vertreterin / des Vertreters ist unabhängig von der Mitgliedschaft im Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen.
3. Der Verwaltungsvertreter (Fachbereichsleiter 5) nimmt entgegen der bisherigen Handhabung lediglich beratend an den Sitzungen teil.

Die Fraktionen benennen folgende Vertreter/innen für die „Zehner-Kommission“:

Fraktion	Mitglied
CDU	Frau Katrin Dittert
CDU	Herr André Schmidt
SPD	Herr Dr. Wolfgang Stötzel
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Herr Bernhard Alt
UWG	Herr Carl-Norbert Kaiserling
F.D.P.	Frau Gerda Nauck

Ob die Zehner-Kommission die Aufgaben der „Jury über die Preisvergabe zur Pflege gut nachbarschaftlicher Beziehungen“ übernehmen kann, wird Herr von Sicard auf Frage von Herrn Groß nach einer Beratung im Ausländerbeirat bis zur nächsten Sitzung klären.

3. AfSFS 29.03.2000